Detailansicht des Registereintrags

KSD Katholischer Siedlungsdienst e.V.

Aktuell seit 10.11.2026 13:40:22

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R000259
Ersteintrag:	02.02.2022
Letzte Änderung:	10.11.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	19.05.2026
Tätigkeitskategorie:	Berufsverband
Kontaktdaten:	Adresse: Kleine Alexanderstraße 12 10178 Berlin Deutschland Telefonnummer: +493028093650 E-Mail-Adressen: info@ksd-ev.de Webseiten: https://www.ksd-ev.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
Mitgliedsbeiträge

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
40.001 bis 50.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
0,18

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Müller Ulrich**
   Funktion: Geschäftsführender Vorstand
2. **Thomas Hummelsbeck**
   Funktion: Vorstandsvorsitzender
3. **Bernd Weber**
   Funktion: Vorstandsmitglied
4. **Dr. Karl Jüsten (Prälat)**
   Funktion: Vorstand
5. **Andreas Heipp**
   Funktion: Vorstandsmitglied
6. **Christian Rohatyn**
   Funktion: Vorstandsmitglied

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (3):

1. **Dr. Julia Doborosky**
2. **Müller Ulrich**
3. **Dr. Karl Jüsten (Prälat)**

Gesamtzahl der Mitglieder:
62 Mitglieder am 27.04.2023, davon:
1 natürliche Person
61 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (2):
1. DESWOS Deutsche Entwicklungshilfe für soziales Wohnungs- und Siedlungswesen e.V.
2. DV Deutscher Verband e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (4):
Bauwesen und Bauwirtschaft; Ländlicher Raum; Stadtentwicklung; Wohnen

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:
Der KSD Katholische Siedlungsdienst e.V. ist der Dachverband der katholischen und der katholischen Kirche nahestehenden Wohnungs- und Immobilienunternehmen in Deutschland. Als Bundesverband für Wohnungswesen und Städtebau vertritt der KSD e.V. die Interessen seiner

Mitglieder gegenüber der Öffentlichkeit. In Kontaktaufnahme und Gespräch mit Vertretern von Bundesministerien, Mitgliedern des Bundestages und weiteren (politischen) Entscheidungsträgern vermittelt der KSD die Standpunkte des Verbandes und die Sichtweisen der Wohnungswirtschaft. Ziel ist es, der gemeinwohlorientierten katholischen Wohnungswirtschaft Gehör zu verschaffen, Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung, soziale und quartiersorientierte Stadtentwicklung sowie die Ermöglichung von selbstgenutztem Wohneigentum ins Zentrum zu stellen. Der KSD wendet sich daher gerne mit Anregungen und Anmerkungen zu Initiativen und Gesetzesvorhaben an die entsprechenden politischen Akteure.

Konkrete Regelungsvorhaben (5)

1. **Gesetz zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung**

   Beschreibung:
   Die Änderung von § 246e BauGB erscheint uns sehr weitgehend. Wir verweisen auf Aspekte des Klimaschutzes und der Nachhaltigkeit und warnen mit Blick auf Flächenversiegelung und Ressourcenschutz, aber auch hinsichtlich Stadt- und Raumentwicklung davor, über's Ziel hinaus zu schießen.

   Bundesrats-Drucksachennummer:
   BR-Drs. 256/25 (Vorgang) [alle RV hierzu]
   Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung
   Zuständiges Ministerium: BMWSB [alle RV hierzu]

   Betroffenes geltendes Recht:
   BBauG [alle RV hierzu]

   Interessenbereiche:
   Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Stadtentwicklung [alle RV hierzu]; Wohnen [alle RV hierzu]

2. **Mehr Eigentumsbildung ermöglichen**

   Beschreibung:
   Eigentumsbildung ermöglichen durch Senkung der Grunderwerbsteuer für selbstnutzende Ersterwerber einer Wohnimmobilie. Gefordert wird eine vollständig wegfallende oder stark reduzierte Grunderwerbsteuer für Ersterwerber bis zu einer Wertschwelle, die regional differenziert gestaltet werden kann, zudem eine Portabilitätsregelung, mit der beim Verkauf einer selbstgenutzten Wohnimmobilie die bereits gezahlte Grunderwerbsteuer auf den Kauf einer neuen selbstgenutzten Immobilie angerechnet wird. Der KSD e.V. ist Mitunterzeichner des vom ifs Institut Wohneigentum initiierten Papieres.

   Betroffenes geltendes Recht:
   GrEStG 1983 [alle RV hierzu]

   Interessenbereiche:
   Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Wohnen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2603260014** (PDF - 8 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 18.03.2026 an:

   Bundestag
   Gremien [alle SG dorthin]

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) [alle SG dorthin]

3. **Gesetz zur Änderung des Gebäudeenergiegesetzes // RefE Gebäudemodernisierungsgesetz**

Beschreibung:
Der KSD hat sich im Rahmen der Verbändeanhörung zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gebäudeenergiegesetzes, zur Änderung des Gebäude-Elektromobilitätsinfrastrukturgesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften im Wärmebereich geäußert.
Wir plädieren in unserer Stellungnahme für die Beachtung der gesetzlich verabredeten Klimaziele, die
Beibehaltung der bewährten Methode der kommunizierenden Röhren bzw. des Stufenmodells des
bestehenden Kohlendioxid-Kostenaufteilungsgesetzes, die Ausstellung des Energieausweises auf Grundlage des erfassten Endenergieverbrauchs als valide Möglichkeit auch für Nichtwohngebäude und warnen hinsichtlich der Nullemissionsgebäude vor einer weiteren Verschärfung der energetischen Vorgaben.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gebäudeenergiegesetzes, zur Änderung des Gebäude-Elektromobilitätsinfrastruktur-Gesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften im Wärmebereich
Datum des Referentenentwurfs: 05.05.2026
Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
GEG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Stadtentwicklung [alle RV hierzu]; Wohnen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2605180026** (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.05.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) [alle SG dorthin]

4. **Gesetz für einen planbaren, kosteneffizienten, netzverträglichen und marktorientierten Ausbau der erneuerbaren Energien im Stromsektor (EEG 2027)**

Beschreibung:
Stellungnahme zum bekannt gewordenen Referentenentwurf eines Gesetzes für einen planbaren, kosteneffizienten, netzverträglichen und marktorientierten Ausbau der erneuerbaren Energien im Stromsektor des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie. Plädoyer für zügigen flächendeckenden Smart Meter-Rollout: Anregung, die grundzuständigen Messstellenbetreiber stärker in die Pflicht zu nehmen, sowie Bitte um Prüfung von Maßnahmen zur Stärkung des wettbewerblichen Messstellenbetriebs; zudem Hinweis auf Möglichkeit der Beschleunigung des Smart-Meter-Rollouts durch Etablierung eines vereinfachten digitalen Stromzählers, sog. Smart Meter light.
EnWG: Quartierstauglichkeit von Bilanzkreisen, Klarstellung hinsichtlich Kundenanlagen

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
Entwurf eines Gesetzes für einen planbaren, kosteneffizienten, netzverträglichen und marktorientierten Ausbau der erneuerbaren Energien im Stromsektor (EEG 2027)
Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
EnWG 2005 [alle RV hierzu]; EEG 2014 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Stadtentwicklung [alle RV hierzu]; Wohnen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2605260029** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 22.05.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

5. **Entwurf zur Regelung des gesetzlichen Basisstandards (Gebäudetyp E) im Bürgerlichen Gesetzbuch**

Beschreibung:
Der KSD e.V. durfte Stellung nehmen zum Entwurf zur Regelung des gesetzlichen Basistandards (Gebäudetyp E) im BGB des BMJV. Der Verband weist auf die fehlende Berücksichtigung der mietrechtlichen Implikationen des Gebäudetyp E sowie unklare Rechtsbegriffe im Entwurf hin und sieht insbesondere das Abweichen „nach unten" im Entwurf sehr kritisch: Die Unterscheidung zwischen „üblicher" Bauweise und „niedrigerem" Basisstandard kann zu einer schlechteren Bewertung von Bauprojekten führen, mit Nachteilen für Finanzierung und Gebäudeversicherung. Plädiert wird für eine Rückkehr zum Standard als üblich, nicht als Sondervereinbarung. Angeregt wird zudem, den Neubaubereich vom Werkvertragsrecht komplett in das Kaufvertragsrecht zu überführen. Auch eine kritische Überprüfung des DIN wird angeregt.

Referentenentwurf:
Eckpunkte für ein Gesetz zur zivilrechtlichen Erleichterung des Gebäudebaus (Gebäudetyp-E-Gesetz) [alle RV hierzu]
Datum der Veröffentlichung: 20.11.2025
1. Federführendes Ministerium: BMJV [alle RV hierzu] (Vorgang)
2. Federführendes Ministerium: BMWSB [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
BGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Stadtentwicklung [alle RV hierzu]; Wohnen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2611100023** (PDF - 2 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 09.11.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)
   [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
250.001 bis 260.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

KSD-Bilanzbericht-2025-Kurzfassung-LobbyReg.pdf